

GRUNDPROBLEME DEUTSCHER AUSSENPOLITIK

Die Außenpolitik ist das deutsche Schicksal. Sie überschattet die Innen- und Sozialpolitik. Die beste Sozialpolitik hängt in der Luft, solange das Ausland über ihre Grundlagen bestimmt. Die Demokratie bleibt papieren, solange die wesentlichen Entscheidungen vom Ausland getroffen werden und das deutsche Volk nicht durch seine gewählten Vertreter über seine Wirtschaft, seinen Staatshaushalt, seine Verteidigung *selbst* bestimmen kann. Die bloße Frage der physischen Existenz Deutschlands ist eine außenpolitische; wird es von einem neuen Krieg zertreten oder wird es in Frieden leben und bauen können? Auch die Zukunft des deutschen Arbeiters wird schließlich von der Außenpolitik bestimmt. Darum muß die Arbeiterbewegung ein außenpolitisches Konzept haben.

Das Erbe des Krieges

Die Wurzeln der gegenwärtigen verfahrenen Situation in Europa lassen sich bis in den zweiten Weltkrieg hinein verfolgen. Sie liegen auf der einen Seite in der Politik des Hitlerregimes, auf der anderen in den seinerzeit aufgestellten alliierten Kriegszielen. Daß Deutschland sich nicht zu massivem Widerstand gegen die Hitler Tyrannie aufraffte, muß es schwer büßen. Aber die Alliierten begingen gleichfalls große Fehler. Sie begannen den Krieg als einen ideologischen Krieg gegen das Hitlersystem, wandelten ihn jedoch bald in einen Vernichtungskrieg gegen Deutschland als solches um. Das Ausbleiben der deutschen Revolution, auf die alle Welt gerechnet hatte, lieferte ihnen die Handhabe dazu. Die ständige Verschärfung der alliierten Kriegsziele, die bald weit über die Wiederherstellung des Versailler Zustandes hinausgingen, erschwerte es andererseits der deutschen Widerstandsbewegung, für den inneren Kampf gegen Hitler genügend Anhänger zu finden. So trieb ein Keil den anderen.

Die deutsche Widerstandsbewegung, die in dem Aufstandsversuch vom 20. Juli 1944 gipfelte und an der Gewerkschafter maßgebenden Anteil hatten, legte den Alliierten im Jahre 1942 ein politisches Programm vor. Es sah die Errichtung einer europäischen Föderation ohne Rußland vor, eine europäische Bundesarmee unter deutscher Beteiligung, völlige Freiheit und Gleichheit für alle Völker Europas, deutsche Wiedergutmachung und europäische Wirtschaftsplanung. Die Alliierten lehnten eine politische Unterstützung dieses Programms ab. Es hätte der deutschen Widerstandsbewegung Auftrieb geben können. Als das hochgespannte Europaprojekt abgelehnt war, kehrte man deutscherseits zum traditionellen Gedanken des europäischen Gleichgewichts zurück. Die deutsche Widerstandsbewegung versuchte vergeblich, die westlichen Alliierten von den Vorteilen zu überzeugen, die ein ernüchtertes und geschwächtes, aber immer noch ausreichend starkes Deutschland, als Puffer zwischen Ost und West liegend, auch für sie haben könnte.

Schon 1941 waren England und Amerika in der Atlantischen Erklärung zu keiner besseren Konzeption gekommen als zu der Versailler Idee der einseitigen Entwaffnung Deutschlands, ohne Rücksicht auf die neue Rolle Rußlands. Zu der Entwaffnung gesellten sich bald territoriale und wirtschaftliche Ziele, die ohne eine Besetzung Deutschlands durch alliierte Truppen, d. h. Aufhebung der deutschen Selbständigkeit, nicht durchzuführen waren. Man kleidete sie in die verhängnisvolle Formel von der *bedingungslosen Kapitulation*. An der Besetzung Deutschlands verlangte Rußland naturgemäß seinen Anteil; so wurde aus der

Besetzung die *Aufteilung*, die nun wie ein Nachtmahr auf der europäischen Politik lastet.

Die vorläufige Friedensregelung von 1945 wurde im Zeichen von Leidenschaften und Illusionen getroffen. Der Haß der Welt gegen Deutschland war angesichts der unsagbaren Verbrechen, die Hitler im Namen des deutschen Volkes begangen hatte, begreiflich; dennoch wäre es die Aufgabe der alliierten Staatsmänner gewesen, seine politischen Auswirkungen auf die Zukunft zu dämpfen. Statt dessen ließen sie sich von ihm treiben. In Jalta hatte der Westen der Sowjetunion die Tür nach Mitteleuropa geöffnet. Mit den Besetzungs- und Aufteilungsplänen hatte man den Russen den europäischen Osten, das europäische Gleichgewicht und die deutsche Barriere geopfert. Als Gegenwert empfing man ein vages Versprechen des Kremls, an einem Viermächte-Kondominium in Deutschland mitzuwirken. Man versuchte daran zu glauben — wieder kein Zeichen staatsmännischen Weitblicks. Durch die Annexions- und Austreibungs-politik richtete man moralische Verwüstungen an, die eine weitere Hypothek auf die Zukunft legten. Hier ist nicht der Ort, zu untersuchen, was in Teheran und Jalta geschah. Hätte es eine Alternative gegeben? Vielleicht eine militärische, wenn man *Churchills* Plan einer Invasion über den Balkan angenommen hätte, um den Russen den Weg nach Deutschland zu verlegen; eher aber eine politische, nämlich die Unterstützung der deutschen Widerstandsbewegung mit dem Ziele, ein von innen her demokratisiertes Deutschland in Freiheit und Integrität zwischen Ost und West zu legen. Das lehnte man aber ab.

„Haß und Rache“, sagte *Bismarck*, „sind schlechte Ratgeber in der Politik.“ Die alliierten Kriegsziele standen im Zeichen von Haß und Rache. Soviel kurz-sichtige Berechnung über Gebiets- und Wirtschaftsvorteile auch im Spiele war, das Element blinder Leidenschaft ist in jenen Beschlüssen doch unverkennbar. Die Rechnung war zu schlecht, als daß ein kühler Kopf die Fehler hätte übersehen können. Was der Westen durch Deutschlands Ausschaltung gewann, verlor er durch die übermäßige Stärkung Rußlands; statt der deutschen Drohung sah er sich alsbald der russischen gegenüber. Das hätte jeder diplomatische Ab-schütze voraussagen können. Auch Rußland mußte bald bemerken, daß sich an seiner Westflanke nun ein alliierter Block statt des vorherigen deutschen Gegners zu sammeln begann. Es trat nicht der ewige Friede ein, der nach Ausschaltung des angeblich allein für alle Kriege verantwortlichen Deutschlands in Aussicht gestellt worden war, sondern das Wettrüsten begann von neuem und die Umrisse des dritten Weltkrieges erschienen unheilverkündend am Horizont.

Der Streit um die Beute

Es geht im Streit zwischen Ost und West nicht *nur* um Deutschland, aber *in erster Reihe* um Deutschland. Hier fällt wahrscheinlich die eigentliche Entscheidung. Nach der vollzogenen Teilung war die Politik des Westens wie des Ostens darauf gerichtet, erstens die eroberte Hälfte Deutschlands festzuhalten, zweitens die andere Hälfte dazuzugewinnen. Es begann der *Streit um die Beute*, der Koalitionskriegen so häufig folgt. Der west- und der ostdeutsche Staat wurden gegründet, gleichzeitig wurde aber von beiden Seiten beteuert, daß man nichts sehnlicher wünsche als die *Wiedervereinigung Deutschlands*. Darunter versteht der Westen die Abhaltung freier gesamtdeutscher Wahlen, die unzweifelhaft mit einem Sieg der westlich orientierten Parteien enden würden, und dann die Eingliederung Gesamtdeutschlands in das westliche Staatensystem. Der Osten hingegen meint die Aufsaugung der Westhälfte durch sein System, etwa auf dem Umweg über eine Räumung mit anschließender waffenloser Neutralität, die äußeren und inneren Eroberungszügen des Ostens freie Bahn ließe. Weiter meint

der Osten die Oder-Neiße-Grenze. Im Westen ist die Haltung zur deutschen Wiedervereinigung nicht ganz einheitlich. In Frankreich beispielsweise wünschen weite Kreise die Beibehaltung der jetzigen Teilung Deutschlands und eine Verständigung mit Rußland auf dieser Grundlage.

Die westlichen Gedanken über deutsche Einheit im westlichen Rahmen sind für Rußland unannehmbar; die östlichen Gedanken über diese Einheit im östlichen Rahmen sind es für den Westen — und für Deutschland. Eine Einigung ist schwer denkbar. Inzwischen setzen beide Seiten die Politik der „Integration“ ihrer Hälfte Deutschlands im Rahmen ihres Systems fort, um sich deren Hilfsquellen für den Fall eines bewaffneten Konflikts zwischen Ost und West zu sichern. Der Grundsatz ist immer noch, daß jeder seine Hälfte behält und bei passender Gelegenheit die andere Hälfte dazuholen will. Wie die Osthälfte „integriert“ wird, ist hinlänglich bekannt. Die West-Integrierung der Westhälfte ist im Schuman- und im Plevenplan, in dem Washingtoner Beschlüssen vorgezeichnet. Nach den bisherigen Richtlinien soll Westdeutschland im Wesen ein abhängiges Gebilde bleiben, das sorgfältig an der Möglichkeit einer eigenen Außenpolitik gehindert wird.

Für den Deutschen liegt der Gedanke nahe, daß Deutschland weder westliche noch östliche, sondern *deutsche* Außenpolitik zu machen hat. Gerade das lehnen die Alliierten aber grundsätzlich ab. Im Jahre 1945 haben sie sich vorgenommen, Deutschland dürfe aus einem kommenden Konflikt zwischen Ost und West keinen Nutzen ziehen. Auch an dieser Fiktion halten sie immer noch fest. Eine selbständige deutsche Außenpolitik könnte nichts anderes tun, als den Gegensatz zwischen Ost und West auszunützen — „den Westen gegen den Osten auszuspielen und umgekehrt“, wie die Alliierten im Tone der Entrüstung sagen. Warum das geographisch und geschichtlich gegebene Spiel ein Verbrechen sein soll, ist unerfindlich. Solange das Chaos selbständiger Staaten fortbesteht, wird die Diplomatie aus solchen Spielen bestehen. Jeder macht es — nur wir dürfen nicht? Die Alliierten spielen jeden Tag das Potential Westdeutschlands gegen den Osten aus. Im übrigen haben sie schon bisher nicht verhindern können, daß zumindest Westdeutschland aus dem Ost-West-Konflikt Nutzen zieht. Geht die Milderung der alliierten Politik in den letzten Jahren vielleicht auf etwas anderes zurück? Das Spiel läuft von alleine, auch wenn der Hauptbeteiligte nicht mitspielen darf.

Es wäre hoch an der Zeit, auf alliierter Seite zur Kenntnis zu nehmen, daß Deutschland durch sein bloßes Schwergewicht wieder zu einem Faktor der europäischen Politik wird, von einem bloßen Objekt wieder zu einem *Subjekt* dieser Politik aufsteigt. Das fiktive Kriegsziel von 1945, ein Volk von dieser Größe, Bedeutung und Lage dauernd aus der internationalen Politik auszuschalten, muß endgültig verlassen werden. Dazu haben sich die Alliierten, vor allem Frankreich, noch nicht durchgerungen. Die Washingtoner Beschlüsse atmen noch den Geist der alten Fiktion. Sonst würde man nicht gekünstelte Pläne entwerfen, wonach Deutschland zwar Truppen aufstellen, aber keine Macht mehr werden soll. Die Leistung will man haben, den politischen Gegenwert aber verweigern oder durch bloße Worte ersetzen. Es ist Aufgabe der deutschen Außenpolitik, hier bessere Bedingungen zu erzielen; die realen Verhältnisse kommen ihr hierbei zu Hilfe. Die Alliierten brauchen die deutsche Hilfe. Die einzige Trumpfkarte, die das Schicksal Deutschland in die Hand gespielt hat, darf nicht einfach weggegeben werden.

Deutschland zwischen Ost und West

Wir werden immer die Nachbarn Rußlands sein; vor dieser geographischen Grundtatsache der deutschen Politik kann man nicht die Augen verschließen,

Frankreich, England und Amerika sind durch fortschreitend größere Entfernungen von Rußland getrennt. Der deutsche Standpunkt zu Rußland muß auf lange Sicht ein anderer sein als der westliche, ungeachtet einer zeitweise gegebenen Interessengemeinschaft mit dem Westen. Zum Teil gilt das sogar für die Beurteilung der Entwicklung auf kürzere Sicht. *Stalin* wird eher Krieg führen als zulassen, daß die amerikanische Militärgrenze an die Oder oder noch weiter östlich verlegt wird. Was wir selbst darüber denken — uns wären gewiß die Amerikaner in jener Zone lieber als die Russen — ist nebensächlich; ein Mächtigerer hat unzweifelhaft beschlossen, eine solche Entwicklung mit allen Mitteln zu verhindern. Kein Plan hat Aussicht auf russische Zustimmung und somit friedliche Durchführung, der westalliierte Streitkräfte an die deutsche Ostgrenze brächte. Das gleiche gilt selbstredend vom westlichen Standpunkt für alle östlichen Pläne, die eine Möglichkeit beinhalten, daß russische oder russisch dirigierte Streitkräfte jemals an der deutschen Westgrenze auftauchen.

Das Dilemma ist bei Fortbestehen der bisherigen alliierten Grundkonzeption nicht auf friedlichem Wege zu lösen. Solange Ost und West die andere Hälfte Deutschlands für sich begehren, werden sie sich nicht einigen, bis dann eines Tages die Waffen die Frage entscheiden. Diese Entwicklung wünscht die deutsche Arbeiterschaft nicht. Vielmehr besteht die einzige Sicherung des Friedens darin, sich zu der Konzeption des *deutschen Puffers* zurückzutasten, die im Kriege von der deutschen Widerstandsbewegung vorgeschlagen, von den Alliierten aber — zu ihrem eigenen Schaden — zurückgewiesen wurde. Die Schaffung eines Pufferstaates aus einem umstrittenen Gebiet ist ein klassisches Mittel der Diplomatie, das sich schon oft bewährt hat. Dazu gehört, daß jeder der beiden Machtblöcke nicht nur das Begehren nach der anderen Hälfte Deutschlands aufgibt, sondern auch die bisher von ihm beherrschte Hälfte freizugeben bereit ist. Soweit ist die Entwicklung noch nicht. Rußland spricht wohl von einem neutralen Deutschland, meint aber ein unbewaffnetes. *Ein Puffer aber muß aus Stahl sein*. Der Westen will von deutscher Neutralität überhaupt noch nichts hören.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: *für die Bundesrepublik kommt gegenwärtig irgendeine Neutralität nicht in Betracht*, auch nicht eine bewaffnete. Neutralitätsgedanken können nur in bezug auf ein *wiedervereinigtes Gesamtdeutschland* diskutiert werden. Wer die Bundesrepublik in ihrer jetzigen Gestalt neutralisieren will, spielt das Spiel Rußlands. Wenn aber an ein wiedervereinigtes Deutschland gedacht wird, erscheint eine Mittelstellung zwischen Ost und West nicht nur als die vom deutschen Standpunkt natürlichste Lösung, sondern auch als die einzige denkbare Resultante des Kräfteparallelogramms der Mächte. Der Osten wie der Westen sollte vor dieser Perspektive nicht allzusehr erschrecken. Auch wenn man ihre „Gefahren“ noch so schwarz malt, scheinen sie geringer als die Riesengefahr, in der die Welt jetzt wegen des *mangelnden* deutschen Puffers schwebt. Die „deutsche Gefahr“ soll wieder aufleben, ruft man entsetzt, noch an die Konstellation des zweiten Weltkrieges fixiert. Man vergißt, daß man gegen die deutsche Gefahr mit einem Ost-West-Bündnis und anderen Mitteln spielen kann. Paradoxerweise könnte man sagen, daß nichts den Osten und den Westen wieder zusammenführen kann als das Wiedererstehen der „deutschen Gefahr“. Gegen die russische Gefahr — und von Rußland her gesehen, gegen die amerikanische Gefahr — kann man aber mangels eines selbständigen Deutschlands nicht mit den herkömmlichen Mitteln der Diplomatie spielen, die bei richtiger Anwendung immer noch das kleinste Übel sind. Die deutsche Figur fehlt im internationalen Spiel. Noch blenden die alten Leidenschaften, zu Ressentiments erstarrt, der Welt den Blick für diese politische Realität. Dennoch ist es

klar, daß etwa die derzeitigen Pläne für gesamtdeutsche Wahlen usw. ihren tieferen Sinn erst im Zusammenhang mit der Pufferkonzeption erhalten. Eine bloße Wiederherstellung des Viermächte-Kontrollrats würde in die gleiche Sackgasse führen wie der Versuch von 1945.

Nah- und Fernziele der deutschen Außenpolitik

Die deutsche Außenpolitik — gibt es wenigstens in der Konzeption schon eine solche? — muß sorgfältig zwischen ihren Nah- und Fernzielen unterscheiden. Die *Nahziele* liegen auf der Hand: Wiedergewinnung der Souveränität auf allen Gebieten, politisch, wirtschaftlich wie militärisch; deutsche Wiedervereinigung; Rückgewinnung der Ostgebiete und Heimkehr der Vertriebenen; Rückgabe der Saar. Hingegen wäre es nicht realistisch, auf eine baldige Vereinigung Europas zu bauen, so sehr der Gedanke weiter gefördert werden muß. Es ist zu befürchten, daß die wohlgemeinten Vorschläge für eine echte europäische Föderation in absehbarer Zeit nicht verwirklicht werden. England hat unzweideutig erklärt, es sei gegen ein europäisches Parlament und eine europäische Regierung. Sollte gar ein vereinigtes Deutschland ein gleichberechtigtes Mitglied eines solchen europäischen Bundes werden, so würde Frankreich, heute der Wortführer der Europapläne, vermutlich von einer solchen Lösung abrücken, aus Sorge vor dem Übergewicht des deutschen Partners. Darüber, was bei der Wiedervereinigung Deutschlands mit den Europaplänen geschähe, müssen wir uns den Kopf nicht zerbrechen, denn Rußlands Veto wird eine Vereinigung auf dieser Grundlage verhindern. Im übrigen sind die bisherigen Europavorschläge des Westens für Deutschland unbefriedigend, weil sie keine wirkliche Gleichheit wünschen. Sollten die anderen mit einem wahrhaften, durchführbaren Europaplan aufwarten, könnte man jedenfalls eine Alternativpolitik in dieser Richtung bereithalten. Für den wahrscheinlicheren Fall aber, daß das nicht geschieht, bleibt nur der Kurs auf Souveränität übrig.

Ein Irrtum wäre es jedoch, anzunehmen, daß etwa die Bundesrepublik die Zusammenarbeit mit dem Westen aufgeben soll.

Im Gegenteil — besteht die unmittelbare Aufgabe darin, erst eine echte *heiwilige Zusammenarbeit* herzustellen. Die deutsche Außenpolitik wird sich voraussichtlich in *mehreren Phasen* vollziehen. In der ersten dominiert die Zusammenarbeit mit dem Westen. Nur wenn Rußland sofort eine Lösung im Sinne einer bewaffneten Mittelstellung eines vereinigten Deutschlands vorbringen und bei den Westmächten durchsetzen würde, könnte diese Phase übersprungen werden. Das ist aber gänzlich unwahrscheinlich. Nur wenn der Westen, unter Teilnahme der Bundesrepublik, militärisch sehr stark geworden sein wird, dann erst wird Rußland eine Revision seiner Haltung erwägen. Es wird sich dann vielleicht sagen, daß von seinem Standpunkt aus ein bewaffnetes, aber neutrales Deutschland immer noch besser ist als ein solches im Rahmen des Atlantikbundes. Jetzt ist Rußlands Bemühen darauf gerichtet, die Bewaffnung Westdeutschlands im Rahmen des atlantischen Systems zu verhindern. Mißlingt ihm das, wird es sein Bestreben vielleicht darauf richten, das bewaffnete Deutschland aus dem Westbund zu lösen. Es kann nicht schaden, schon heute den deutschen Preis dafür bekanntzugeben: Rückgabe der Ostzone und der Ostgebiete. Nicht weniger, aber auch nicht mehr. Ebenso muß Rußland sich, darüber im klaren sein, daß es mehr als eine deutsche Neutralitätspolitik nicht erreichen kann. *Niemals wird ein freies Deutschland in irgendeiner Form dem Sowjetsystem beitreten.* Die Sowjetunion hat sich für ihre unmittelbaren Nachbarn bündnisunfähig gemacht. Mit diesem Staat kann man sich nur verbünden, wenn man weit weg von ihm wohnt. Der Westen braucht keine Angst vor einem deutsch-russischen Bünd-

nis zu haben. Umgekehrt wird Rußland, wenn es sich überhaupt je zur Freigabe des deutschen Ostens entschließt, ihn höchstens einem unabhängigen, pufferartigen Deutschland, keinesfalls aber den Westalliierten übergeben. Das sind die Realitäten der Lage.

Deutschland und Rußland

Es wäre zu wünschen, daß die deutsche Außenpolitik bei ihren Verhandlungen mit den Alliierten die möglichen späteren Phasen der Entwicklung nicht aus dem Auge verliert. Wenn es überhaupt einen friedlichen Ausweg aus der jetzigen Lage gibt, wird er den Übergang Deutschlands in eine *Mittelstellung zwischen Ost und West* in sich schließen. Exzessive Beteuerungen ewiger deutscher Liebe zum Westen werden von den erfahrenen Diplomaten in London und Washington ohnedies nicht ernstgenommen. Sie wissen sehr gut, wie die deutsche Außenpolitik, sich selbst überlassen, nach den Gesetzen der Geographie laufen wird und laufen muß. Nur haben sie, oder ihre Regierungen, noch nicht eingesehen, daß es auch für sie unklug ist, diesen Lauf verhindern zu wollen: Man kann deutscherseits ruhig mit offenen Karten spielen; es sieht ohnehin jeder hinein. Im Osten würde man, bei klarerer Betonung des Selbständigkeitswillens der deutschen Außenpolitik, trotz allem anfänglichen Wutgeheul sich im stillen vormerken, daß sich hier der Notausgang einer Einigung mit Deutschland auftäte, wenn westliche Materialübermacht die Sowjetunion einmal in die Enge treiben sollte. Stalin scheint in naher Zeit nicht an einen Angriff auf den Westen zu denken; wohl aber fürchtet er den amerikanischen Präventivkrieg, schon gar mit Deutschland als einem mehr oder minder willigen Teilnehmer.

Grundsätzlich ist Deutschland nicht der Feind Rußlands. Es fühlt sich nicht als Kreuzzügler gegen den Bolschewismus. Aber Rußland macht sich Deutschland zum Feind, weil es an der von ihm geschaffenen Ostgrenze festhält, die Ostzone nicht freigibt und, auf längere Sicht, nach Westen drängt. *Ändert Rußland seine Territorialpolitik im Sinne der Rückgabe deutschen Gebiets, so steht einer deutsch-russischen Freundschaft nichts im Wege.* Der russische Drang nach Westen wäre bei Schaffung eines starken deutschen Puffers ohnehin gestoppt. Deutschland würde in dieser Form automatisch seine Funktion beim Schutz des Westens erfüllen, wohl besser als durch den jetzt zur Debatte stehenden „Verteidigungsbeitrag“. Auch Rußland würde sich an seiner Westflanke sicherer fühlen; denn daß ein voll wiederhergestelltes Deutschland von sich aus noch einmal einen Angriffskrieg auf die Sowjetunion beginnen würde, ist doch wohl unwahrscheinlich, außerdem könnte sich Rußland, wie schon gesagt, durch Bündnisse dagegen sichern. Die deutsche Arbeiterschaft jedenfalls würde unter den geschilderten Umständen nie einen Angriff auf Rußland zulassen.

Das alles ist noch nicht aktuell. Die russische Politik, wenn nichts anderes, zwingt Deutschland zum Bündnis mit dem Westen. Ein Bündnis dieser Art bleibt das nächste Ziel der deutschen Außenpolitik, aber nicht in der Stellung eines Vasallen, sondern als freier und gleichberechtigter Partner, der ungescheut auch eine Revisionsmöglichkeit in gegenseitigem Einvernehmen ins Auge fassen darf. Die Washingtoner Vorschläge, nach denen Deutschland weder über seine Truppen verfügen noch überhaupt eine selbständige Politik betreiben, ja nicht einmal mit den Russen reden darf, sind keine geeignete Grundlage. Ungeachtet aller Revisionsmöglichkeiten wird Deutschland das, was es *freiwillig* unterschreibt, getreulich einhalten. Es ist nicht deutsche Art, Bündnisse zu brechen. Sollte es seinen künftigen Verbündeten gewisse Zusagen machen, die über seine eigenen, unmittelbaren Interessen hinausgehen, wird es auch diese halten. Die deutsche Außenpolitik sollte aber solche Zusagen nur machen, wenn sie im Austausch

dafür alliierte Zusagen auf ihren eigenen Interessengebieten erhält. Warum Deutschland etwa die Dardanellen garantieren soll, wenn ihm niemand seinen Osten garantiert, wäre schwer zu verstehen. Etwas für etwas! Im übrigen sollte Deutschlands Politik für den tragischen Fall eines Krieges zwischen Ost und West, wenn er schon nicht verhindert werden kann, auf Mäßigung der verbündeten Kriegsziele gerichtet sein. Deutschland ist nicht an einer Vernichtung Rußlands interessiert.

Die *Fernziele* der deutschen Außenpolitik, die ja den Hauptgrund des Mißtrauens der Welt gegen jede solche Politik bilden, sollten einfach zu formulieren sein. Nach der vollen Wiedervereinigung und Befreiung, ob so oder so erzielt, muß sich die deutsche Außenpolitik auf die Erhaltung des Bestehenden beschränken. Sie ist dann auf *Ruhe* gerichtet. Deutschland muß die Lehre aus zwei verlorenen Weltkriegen ziehen und endgültig die Tatsache zur Kenntnis nehmen, daß es von Haus aus eine *Macht zweiten Ranges* ist. Verzicht auf die Erwerbung nichtdeutscher Gebiete, auf Kolonialpolitik, auf Flottenehrgeiz, auf sogenannte Südostpolitik ist die Voraussetzung für die spätere deutsche Außenpolitik. Alles, was zu zwei Katastrophen geführt hat, muß vermieden werden. *Deutschland muß zum Erhalter des Friedens auf Grund des eigenen Sichbescheidens mit dem Erreichten werden, eine Rolle, die es schon einmal in seiner Glanzzeit mit Erfolg gespielt hat.* Niemand ist stärker an einer solchen Politik des Friedens interessiert als die deutsche Arbeiterbewegung. Nur in diesem Rahmen kann sich die deutsche Demokratie, ihre Lebensgrundlage, festigen. Eine Kriegspolitik würde die autoritären Tendenzen stärken. Mit den Mitteln, die ein neuer Krieg verschlänge, könnte Deutschland zu einem sozialen Paradies gemacht werden; schon aus diesem Grunde ist die Politik des Friedens ein Anliegen der deutschen Arbeiterbewegung,

Eine Politik der Neutralität ist im übrigen nicht notwendigerweise eine Politik der Neutralisierung. Eine solche ist bei einem Großstaat schwer durchzuführen. Er kann sich nicht ganz von der Weltgeschichte zurückziehen, weil in kritischen Situationen zu viel von ihm abhängt. Auch könnte keine Neutralitätspolitik etwas an der Zugehörigkeit Deutschlands zur abendländischen Welt ändern; sähe es etwa einer russischen Welteroberung tatenlos zu, so würde es Selbstmord begehen. Es würde aber letzte Entscheidungen auf kritische Augenblicke zu verschieben bestrebt sein und sich von Blockbildungen im Frieden fernhalten. Durch strenge, ehrliche Friedenspolitik würde es das Eintreten kritischer Momente zu verhindern suchen.

Bedrohte die deutsche Macht früher die Nachbarn, so würde sie heute im Gegenteil als Friedensfaktor wirken, die Streitenden trennen und die internationale Atmosphäre entspannen. Im ersten Balkankrieg erzählte man sich einen unfreundlichen Witz: „Der Krieg kann nicht stattfinden, König Nikita von Montenegro hat das Schlachtfeld gestohlen.“ Nichts wäre den Deutschen von heute erwünschter, als wenn man ihnen gestatten würde, das Schlachtfeld des dritten Weltkrieges zu stehlen.

ANTHONY EDEN:

Die Wiedervereinigung Deutschlands ist zu wünschen, damit ein freies Deutschland wieder die ihm gebührende Rolle in Europa spielen kann.